

## 1132 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

# Bericht

## des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft

**über die Regierungsvorlage (1055 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Landwirtschaftsgesetz 1976 geändert wird**

Durch die vorliegende Novelle soll lediglich die Geltungsdauer des Landwirtschaftsgesetzes — wie auch der übrigen Wirtschaftsgesetze — um weitere zwei Jahre verlängert werden.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 26. April 1982 in Verhandlung genommen und beschlossen, zur Vorbehandlung derselben sowie der übrigen agrarischen Wirtschaftsgesetze sowie des Antrages 158/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen einen Unterausschuß einzusetzen. Diesem Unterausschuß gehörten von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Haas, Peck, Pfeifer, Remplbauer und Dr. Erich Schmidt, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Deutschmann, Dkfm. Gorton, Dipl.-Ing. Riegler und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Ing. Murer an.

Der Unterausschuß hat die Regierungsvorlage außer in seiner konstituierenden Sitzung am

26. April 1982 am 3., 4., 26., 27., 28. Mai und 9. Juni 1982 unter Beiziehung von Sachverständigen beraten. Nach einem mündlichen Bericht durch den Unterausschußobmann Abgeordneten Deutschmann über die gesamten Unterausschußberatungen hat der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 9. Juni 1982 neuerlich in Verhandlung genommen.

In der Debatte meldeten sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Ing. Murer und Pfeifer sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Deutschmann und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dip.-Ing. Haiden zu Wort.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Abänderungsanträge der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Ing. Murer fanden nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1055 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1982 06 09

**Stögner**  
Berichterstatter

**Deutschmann**  
Obmann